

**MEDIENKONFERENZ  
11. OKTOBER 2000**



**Umverteilungsinitiative  
Sparen beim Militär**

*Es gilt das gesprochene Wort*

## **DIE FRIEDENS- UND SICHERHEITSPOLITIK DER SCHWEIZ VOR EINER DOPPELTEN HERAUSFORDERUNG**

***Barbara Haering, Nationalrätin, Präsidentin der Umverteilungsinitiative***

Lassen Sie mich mit drei Fragen beginnen:

- Ist Ihnen aufgefallen, dass das VBS sein Konzept Armee XXI in der Schublade verstaubt hält – und dies obwohl ursprünglich vorgesehen war, dieses Armeeleitbild als informellen Gegenvorschlag zur Umvi (wie unsere Initiative vom VBS schon fast liebevoll genannt wird) zu präsentieren?
- Ist Ihnen aufgefallen, dass der Bundesrat meine einfache Anfrage aus der Sommersession betreffen der geplanten Ausrichtung von Armee XXI auf Verteidigung auch im „operativen Vorfeld“ entgegen aller Usanz noch nicht beantwortet hat? Bundespräsident Ogi teilte mir kürzlich schriftlich mit, die von mir aufgeworfene Frage gehöre zu den grundlegenden Fragen, welche die Konzeption der Armee XXI zu beantworten habe. Eine Frage, welche offensichtlich im VBS noch nicht geklärt ist – und dies, obwohl die „Verteidigung im operativen Vorfeld“ bereits in den politischen Richtlinien zur Armee XXI, welche vom Bundesrat im letzten Frühling verabschiedet wurden, mehrmals erwähnt wird.
- Ist Ihnen bekannt, dass der Bundesrat im Sommer dem VBS den Auftrag erteilt haben soll, für Armee XXI zusätzlich eine zweite, billigere Variante auszuarbeiten? Dies im Zusammenhang mit der in aller Öffentlichkeit ausgetragenen Auseinandersetzung zwischen dem Chef VBS und Bundesrat Couchepin.

Diese Fragen – und die entsprechenden Antworten – sind deutliche Hinweise darauf, dass Bundesrat, VBS und die bürgerlichen Parteien heute keine klaren Vorstellungen darüber haben, auf welche Reise sie die Armee der Schweiz in Zukunft schicken sollen. Im Gegenteil: Die Arbeiten am Armeeleitbild XXI entwickeln sich vor und hinter den Kulissen zu einem Trauerspiel, in welchem es immer weniger um eine Umsetzung und Konkretisierung des sicherheitspolitischen Leitbilds „Sicherheit durch Kooperation“ und immer stärker um Machtkämpfe zwischen den Traditionalisten der mythenbeladenen Landesverteidigung einerseits und den Modernisten einer NATO-Kompatibilität andererseits geht. Und weil er's allen Recht machen will, bleibt dem Chef VBS nicht Anderes übrig, als die Bedürfnisse aller – sowohl jene der Traditionalisten als auch jene der Modernisten – aufzuaddieren. Das Ergebnis: Eine Armeekonzeption als Resultante von Partikularinteressen und Sachzwängen. Und: Eine verkleinerte Armee zu höheren Kosten.

Friedens- und Sicherheitspolitik ist eine zu ernste Sache, als dass wir sie diesen Machtkämpfen um Partikularinteressen überlassen dürfen. Unsere Antwort darauf ist die Umverteilungsinitiative, denn sie führt zur Auseinandersetzung mit der Realität.

Die Umverteilungsinitiative lässt sich nicht ideologisch propagieren – und ebenso wenig ideologisch bekämpfen. Sie zwingt vielmehr alle zur konkreten Auseinandersetzung mit den Fragen der real notwendigen und ebenso machbaren Abrüstung.

Der Krieg hat heute das Gesicht des Völkermords, der Missachtung der universalen Menschenrechte und des Völkerrechts. Angesichts solcher Gewaltkonflikte bietet Landesverteidigung „ab Grenze“ keine Lösungen mehr. Was wir brauchen, ist die Zivilisierung der Friedens- und Sicherheitspolitik – verbunden mit dem Aufbau eines Systems kollektiver Sicherheit.

Die Schweiz ist im internationalen Vergleich jedoch nach wie vor massiv überrüstet:

- Die weltweiten Militärausgaben gingen zwischen 1987 und 1997 um 38% zurück. Die Schweiz senkte die ihrigen lediglich um 8%.
- Kein anderes Land in Europa lässt sich die Armee insgesamt pro Kopf der Bevölkerung soviel kosten wie die Schweiz.
- Und: Zwischen den Ausgaben für die Landesverteidigung und den Ausgaben für die Friedensförderung besteht nach wie vor ein grosses Missverhältnis.

Die Umverteilungsinitiative zeigt auf, wie Militärgelder schrittweise reduziert und in Friedens- und Sozialpolitik sowie in zivile Arbeitsplätze investiert werden können. Und: Sie berücksichtigt die Tatsache, dass die Finanzpolitik das VBS in den letzten Jahren bereits zum Sparen gezwungen hat. Wenn wir vom Budget 2000 ausgehen, so setzt die Umverteilungsinitiative rund 1,8 Mia Franken jährlich für zivile Aufgaben frei. Zudem schafft der Konversionsfonds zivile Arbeitsplätze. Kassensturz ist nach 10 Jahren. Dann können die friedens- und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen und Anforderungen neu überprüft werden.

Die friedenspolitische Herausforderung, welche sich unserem Land stellt, ist somit eine Doppelte: Es geht um den schrittweisen Rückbau der nach wie vor grotesk hohen Militärausgaben der Schweizer Landesverteidigung und gleichzeitig um die friedenspolitische Öffnung hin zur Staatengemeinschaft. Und dies ist insgesamt eine in der Schweiz mehrheitsfähige Strategie der Friedens- und Sicherheitspolitik.

#### **FÜR RÜCKFRAGEN STEHEN ZUR VERFÜGUNG :**

- Barbara HAERING, Nationalrätin **079 446 71 20**
- Toni Bernet, Sekretär Umverteilungsinitiative **079 379 71 81**

#### ***Ja zur Umverteilungsinitiative – Sparen beim Militär***

Sekretariat  
 Postfach 246  
 3000 Bern 13  
 Telefon: 031 311 70 87  
 Fax: 031 311 77 94  
 Email: [info@umverteilen.ch](mailto:info@umverteilen.ch)  
 Internet: [www.umverteilen.ch](http://www.umverteilen.ch)  
 PC: 30-580588-3

**MEDIENKONFERENZ  
11. OKTOBER 2000**



**Umverteilungsinitiative  
Sparen beim Militär**

*Es gilt das gesprochene Wort*

## **EIN «JA» FÜR UNSEREN WERKPLATZ**

**von Jean-Claude Rennwald, Nationalrat (SP/JU), Mitglied der Geschäftsleitung SMUV,  
Vize-Präsident des Schweiz. Gewerkschaftsbund (SGB)**

In seiner Argumentation gegen die Umverteilungsinitiative erklärt der Bundesrat insbesondere, dass diese Initiative einen Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen mit sich brächte und dass die daraus entstehenden Sozialkosten sehr hoch wären. Abgesehen davon, dass der Bundesrat sich nicht gerade im Kampf gegen die Schwächung unseres Arbeitsplatzes hervorgetan hat, so zeigt eine gründliche Betrachtung der Situation im Militärssektor, dass diese Behauptungen nicht aufrechterhalten werden können. Die Landesverteidigung ist mitnichten eine treibende Kraft der Schweizerischen Wirtschaft. Die InitiantInnen der Umverteilungsinitiative kümmern sich deutlich mehr als die VBS-Verwaltung um die Beschäftigungslage und Zukunftsaussichten der betroffenen Arbeitnehme. Vor diesem Hintergrund erklärt sich das Engagement des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) und der Mehrheit seiner Verbände – insbesondere des SMUV – für die Umverteilungsinitiative.

### **Dazu einige klare Daten und Fakten:**

- Wenn man nicht nur die effektiven, sondern auch die volkswirtschaftlichen Kosten rechnet, werden in unserem Land rund 9 Milliarden Franken für die Landesverteidigung ausgegeben. Diese gigantische Summe belastet unsere Ökonomie enorm. Indirekt wird die Schweizer Wirtschaft mit 4 Milliarden Franken belastet!
- Die Schweiz hat in Europa die höchsten Verteidigungsausgaben pro Einwohner: 970 Franken pro Person und Jahr! Aus diesem Blickwinkel sind die Militärausgaben in der Schweiz höher als in Frankreich, ein Land nota bene, dass über eine grosse Armee und eine atomare Bewaffnung verfügt. Mit anderen Worten: die Schweiz ist masslos überüstet. Diesen Überkapazitäten auf militärischem Sektor stehen viele unerfüllte wirtschaftliche und soziale Bedürfnisse gegenüber. Beispiele sind der Energiebereich, die Umwelt, Recyclingtechniken, Kommunikationstechnologien oder zukunftsgerichtete Konzepte im öffentlichen Verkehr.
- Die Zahl der im Rüstungssektor beschäftigten Personen ist von 40'490 im Jahr 1990 auf 21'400 im Jahr 2000 geschrumpft, was praktisch eine Halbierung bedeutet. Unabhängig von der Umverteilungsinitiative zeigt dies, dass die Rüstung kein zukunftssträchtiger Wirtschaftszweig mehr ist. Die Schwierigkeiten der Schweizerischen Industrie-Gesellschaft (SIG) auf dem Rüstungssektor sind ein zusätzlicher Beweis. Diese Einschätzung wird durch andere Studien gestützt, welche besagen, dass es bei gleichen Investitionen möglich ist, das Doppelte an Stellen im Gesundheits- und Erziehungswesen, anderthalb mal so viele Arbeitsplätze im öffentlichen Verkehr und im Baugewerbe als im militärischen Bereich zu schaffen.

- Aus vorwiegend ideologischen Gründen haben die Militärführung und die politische Mehrheit in unserem Land den strukturellen Umbau nicht ernsthaft an die Hand genommen, haben nicht die notwendige rasche Reaktion gezeigt. Die Zeche für diese inkonsequente und inkohärente Politik haben die betroffenen Menschen und Regionen bezahlt.
- Demgegenüber hat die Europäische Union in den Neunzigerjahren 1.5 Milliarden Schweizerfranken in die Rüstungskonversion investiert. Dies hat die Realisierung mehrerer hundert Projekte zur Bereitstellung alternativer Arbeitsplätze für bisherige Angestellte in der Rüstungsindustrie ermöglicht.

Die Umverteilungsinitiative sieht gerade deshalb einen mit einer Milliarde Franken dotierten Konversionsfonds vor. Dieser soll eine Regionalpolitik fördern, die auf Innovation und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze baut. Die Ziele der Initiative sollen innert zehn Jahren verwirklicht werden. Diese Frist und dieser Betrag erscheinen ausreichend und angemessen um eine glaubwürdige Konversionspolitik zu betreiben. Es gilt beizufügen, dass im Vergleich zu anderen Szenarien, welche ebenfalls Einsparungen im Militärssektor vorsehen, die vorliegende Initiative den Vorteil hat, dass Dank dem Konversionsfonds die Beibehaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen erreicht wird.

Der Konversionsprozess muss auch deshalb in Gang gesetzt werden, da der Militärbereich seit dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende der Konfrontationspolitik zwischen Ost und West nie mehr die bisherige Bedeutung erlangen wird. Dies haben andere Länder, insbesondere in der Europäischen Union begriffen. Es gibt objektiv gesehen keinen Grund, weshalb sich die Schweiz dieser Erkenntnis verschliessen sollte.

Die Beschäftigungsfrage nimmt natürlich bei gewerkschaftlichen Überlegungen zur Umverteilungsinitiative einen zentralen Platz ein. Aber unsere Unterstützung dieser Vorlage beruht auch auf dem Willen zwei Drittel des eingesparten Geldes für Friedensförderung und Entwicklungshilfe sowie in der Sozialpolitik einsetzen zu können. Dies ist auch aus gewerkschaftlicher Sicht zu begrüßen, da sowohl Entwicklungs- wie Sozialpolitik mehr Arbeitsplätze schaffen als der Militärssektor.

So gesehen ist das Menü der Volksabstimmung vom 26. November sehr verlockend: wenn wir dreimal JA zu den fünf Vorlagen sagen, haben wir die Möglichkeit gleichzeitig unseren Willen zu Einsparungen bei der Armee zu äussern und das dadurch gesparte Geld für ein flexibles Pensionierungsalter ab 62 Jahren für alle Frauen und Männer in unserem Land einzusetzen. Am gleichen Tag wird der Sprechende als Gewerkschafter ein Nein zum Bundespersonalgesetz in die Urne legen.

#### **FÜR RÜCKFRAGEN STEHEN ZUR VERFÜGUNG :**

- Jean-Claude RENNWALD, Nationalrat **079 318 56 12**
- Toni Bernet, Sekretär Umverteilungsinitiative **079 379 71 81**

#### ***Ja zur Umverteilungsinitiative – Sparen beim Militär***

Sekretariat  
 Postfach 246  
 3000 Bern 13  
 Telefon: 031 311 70 87  
 Fax: 031 311 77 94  
 Email: [info@umverteilen.ch](mailto:info@umverteilen.ch)  
 Internet: [www.umverteilen.ch](http://www.umverteilen.ch)  
 PC: 30-580588-3

**MEDIENKONFERENZ  
11. OKTOBER 2000**



**Umverteilungsinitiative  
Sparen beim Militär**

*Es gilt das gesprochene Wort*

## **WAS ERHOFFEN SICH FRAUEN VON DER UMVERTEILUNGSINITIATIVE?**

***Renate Jordi, EFS-Zentralvorstand, Evangelischer Frauenbund der Schweiz***

Der EFS (Evangelischer Frauenbund der Schweiz) ist ein konfessioneller Dachverband, der sich in Vernehmlassungen und mit Stellungnahmen zu politischen Themen äussert. Der EFS setzt sich ein für gerechte Verhältnisse und gewaltfreie Lösungen von Konflikten. Er sagt ja zur Umverteilungsinitiative.

Schon 1993 forderte der EFS in der Petition «Stop der Gewalt» das Bewusstsein zu fördern und zu stärken, dass Konflikte ohne Gewalt gelöst werden können. Er sagt: Was wir im Vorfeld von Konflikten zur Problemlösung beitragen, ist entscheidend für unsere Glaubwürdigkeit, in Kirche und Gesellschaft.

Niemals darf es heissen, dass für die Gewaltprävention die finanziellen Mittel fehlen. Es braucht mehr Geld für den Frieden, es braucht das Umverteilen von Geld zugunsten einer Friedenspolitik, die diesen Namen verdient.

Und jetzt: Was erhoffen sich Frauen von der Umverteilungsinitiative?

### **■ Sicherheit und Gerechtigkeit :**

Unseren Sicherheitspolitikern sind die realen Bedrohungen durch Gewalt im Alltag, die viel präsenter sind als ein imaginärer Feind vor unseren Grenzen, durchaus bewusst. In ihrem Bericht (SIPOL 2000) aber fehlen Hinweise auf politische und wirtschaftliche Anstrengungen, auf Mitarbeit in der OSZE und Beitritt zur UNO....

Im privaten und öffentlichen Raum sind Frauen am meisten von Gewalttaten betroffen. Für Prävention und Ahndung fehlen die Mittel, für die Opferhilfe auch. Aber das Militär erhält Milliarden, obwohl Menschen, die Waffen tragen, die am schlechtesten geeigneten Friedensstifter sind. Die Umverteilungsinitiative bietet die Chance, dass unsere Zivilgesellschaft gestärkt wird und auch die Frauen mit ihrem Sicherheitsbedürfnis Ernst genommen werden.

Immer noch zahlen die erwerbstätigen Frauen ihre Beiträge in die EO-Kasse, ohne davon zu profitieren. Auf ihrem Rücken wird gespart: bei der Mutterschaftsversicherung, der AHV, der Witwenrente. Mit den umverteilten 600 Mio. Franken können endlich auch die Frauen profitieren und unsere soziale Sicherheit.

## ■ Zivile Friedensförderung

Der Trend der zunehmenden Militarisierung unserer Gesellschaft muss gewendet werden: Die Betreuung von Asylsuchenden, die Katastrophenhilfe, der Wiederaufbau im Kosovo sind zivile Aufgaben, für die die nötigen Mittel bereitzustellen sind. Deshalb fordern Hilfswerke wie die Arbeitsgemeinschaft und das HEKS, dass die zivile Friedensförderung mehr Anerkennung und mehr Geld bekommt: Dank Umverteilungsinitiative 600 Mio. Franken für internationale Friedenspolitik. Immerhin sind die Hilfswerke zu über 90 Prozent mit menschengemachten Katastrophen konfrontiert.

Frauen und Kinder sind die Hauptopfer von Kriegen. Krieg führen und Kriegsfolgeschäden zu beheben sind zu kostspielig. Deshalb ist Prävention angesagt. Frauen sollen klar mitbeteiligt sein in den Entscheidungsprozessen und in der Friedensursachenforschung.

### FÜR RÜCKFRAGEN STEHEN ZUR VERFÜGUNG :

■ Renate Jordi, EFS-Zentralvorstand

**033 336 64 69**

■ Toni Bernet, Sekretär Umverteilungsinitiative

**079 379 71 81**

#### ***Ja zur Umverteilungsinitiative – Sparen beim Militär***

Sekretariat

Postfach 246

3000 Bern 13

Telefon: 031 311 70 87

Fax: 031 311 77 94

Email: [info@umverteilen.ch](mailto:info@umverteilen.ch)

Internet: [www.umverteilen.ch](http://www.umverteilen.ch)

PC: 30-580588-3

**JA** zur Umverteilungsinitiative  
– Sparen beim Militär  
am 26. November 2000

**MEDIENKONFERENZ  
11. OKTOBER 2000**



**Umverteilungsinitiative  
Sparen beim Militär**

*Es gilt das gesprochene Wort*

## **EIN HALBES BROT KANN NIE GLEICH VIEL WIE EIN GANZES KOSTEN**

**Werner Marti, Nationalrat, Glarus**

Das sicherheitspolitische Umfeld hat sich in den letzten Jahren drastisch und in den letzten Tagen nochmals deutlich geändert und entschärft. Mit dem Wechsel in Jugoslawien ist der letzte totalitäre Staatschef Europas weggefegt worden. Alles ist im Wandel, nur etwas scheint sich nicht zu ändern, nämlich die offizielle Politik der Schweiz zu ihren Rüstungs- und Militärausgaben. Obwohl wir im geopolitischen Sicherheitstrakt Europas und damit der Welt liegen, wollen der Bundesrat und das Parlament sich weiterhin den Luxus der im internationalen Vergleich grotesk überhöhten Militärausgaben leisten. Ein Zurückfahren dieser Ausgaben auf das Durchschnittsniveau der Natostaaten, wie das bei unserer Initiative die Folge ist, wird in alter Grabenkämpfermanier als "Abschaffung auf Raten" qualifiziert, wobei der VBS-Chef selbst die Schweiz bei jährlichen Militärausgaben von über 3 Mia. zur wehrlosen Nonvaleur verkommen sieht.

Das sicherheitspolitische Umfeld hat sich geändert. Wir anerkennen, dass auch in dieser entspannten Lage in der Schweiz nach wie vor ein Bedürfnis nach militärischer Sicherheit besteht. Dieses ist durch eine Armee als ultima ratio abzudecken. Dabei hat sich aber auch die Sicherheitspolitik an die Grundsätze der Ökonomie, u.a. der Effizienz und des gezielten und sparsamen Einsatzes der Mittel, zu halten. Die Armee wird in den nächsten Jahren so oder so, trotz des hinhaltenden Kampfes des VBS, stark redimensioniert werden. Diese Umstrukturierung und Redimensionierung muss sich auch in den Kosten niederschlagen und zwar zumindest in drei Punkten:

- Niederschlagen muss sie sich in den **Kosten für den Staat**. Eine halbe Armee soll auch nur die Hälfte kosten. Wer etwas anderes will, verkennt, dass kein Konsument bereit, für ein halbes Brot den Preis für ein ganzes zu bezahlen. Diese Gefahr ist real und konkret, rechnen die Planer des VBS für eine redimensionierte Armee XXI doch bereits mit gleichen oder höheren Kosten. Diese Gefahr kann nur durch unsere Initiative gebannt werden.
- Eine Entlastung braucht auch **die Volkswirtschaft**. Die hohen volkswirtschaftlichen Kosten der Armee, wie wir sie zurzeit haben, beeinträchtigen die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Diese Kosten müssen reduziert und auf keinen Fall verlagert werden.
- Ebenso soll der Preis, den **der und die Einzelne** für die Armee in Form von Dienstleistungen, Dienstagen sowie zusätzlichen Belastungen erbringt, durch eine Herabsetzung des Dienstalalters auf Maximum 30 Jahre und eine Reduktion der Dienstage auf maximal 200, auf ein erträgliches Mass reduziert werden.

Mit dem Ja zur Umverteilungsinitiative bewegen wir uns in der Logik des Faktor 4, nachhaltige Sicherheit durch halbe Kosten für den Staat, die Volkswirtschaft und den Einzelnen.

**FÜR RÜCKFRAGEN STEHEN ZUR VERFÜGUNG :**

- Werner Marti, Nationalrat
- Toni Bernet, Sekretär Umverteilungsinitiative

**055 640 39 39**

**079 379 71 81**

***Ja zur Umverteilungsinitiative – Sparen beim Militär***

Sekretariat  
Postfach 246  
3000 Bern 13  
Telefon: 031 311 70 87  
Fax: 031 311 77 94  
Email: [info@umverteilen.ch](mailto:info@umverteilen.ch)  
Internet: [www.umverteilen.ch](http://www.umverteilen.ch)  
PC: 30-580588-3

**JA** zur Umverteilungsinitiative  
– Sparen beim Militär  
am 26. November 2000

**CONFÉRENCE DE  
PRESSE DU  
MERCREDI 11  
OCTOBRE 2000**



*Initiative populaire*  
*« économiser dans l'armée »*

*Seules les paroles prononcées font foi.*

## **UNE DOUBLE EXIGENCE ADRESSÉE À LA POLITIQUE DE PAIX ET DE SÉCURITÉ DE NOTRE PAYS**

*par Barbara Haering, conseillère nationale, présidente du comité d'initiative, Zurich*

Si vous le permettez, j'aimerais commencer par trois questions :

1. Vous rendez-vous compte que le DDPS a enfermé sa conception « Armée XXI » tout au fond de ses tiroirs, alors qu'au départ il envisageait de la présenter comme un contre projet indirect à notre initiative ?
2. Avez vous réalisé que le Conseil fédéral, contre tous les usages en la matière, n'a pas encore répondu à ma question écrite de la session d'été, qui porte sur la manière dont la conception « Armée XXI » conçoit la « défense dans l'avant terrain opératif (sic) » [traduction officielle] et qui a trait [en français] à la stratégie de défense à l'échelon avancé des opérations ?  
Le président de la Confédération m'a récemment écrit que les réponses à ma question relèvent des principes de base que la conception « Armée XXI » doit fixer. Principes non encore élucidés au sein même du DDPS, malgré le fait que, depuis le printemps dernier déjà, on se gargarise de cette notion de « défense dans l'avant terrain opératif », puisqu'elle fait partie intégrante des lignes directrices de la politique du Conseil fédéral s'agissant de « Armée XXI ».
3. Vous souvenez-vous que, cet été, le Conseil fédéral a demandé au DDPS d'élaborer une variante moins coûteuse de « Armée XXI » ? En toile de fond de la démarche, la polémique désormais notoire entre Pascal Couchepin et Adolf Ogi sur ce sujet brûlant.

Ces questions, et les réponses que vous ne manquerez pas de leur apporter, montrent que ni le Conseil fédéral, ni le Département de la défense, de la protection de la population et des sports, ni les partis de droite ne savent exactement dans quelle aventure ils envoient notre armée. Les travaux en cours prennent plutôt l'allure d'une lutte d'influence déplorable, croissante et sans merci, qui se déroule en coulisses, entre les tenants traditionalistes du mythe de la bonne vieille Armée suisse, pierre angulaire de notre défense nationale, et les modernistes, rêvant de nous précipiter au plus vite dans les bras de l'OTAN. Bref, on s'éloigne toujours plus de la réalisation et de l'aménagement de l'objectif d'une politique de sécurité fondée sur la notion de « la sécurité par la coopération et le développement » – que le Conseil fédéral ne cesse pourtant de mettre en avant.

Et comme le chef du DDPS ne veut donner tort à personne, il se contente d'additionner les vœux des uns et des autres. Le résultat est une armée qui représente, un peu benoîtement, l'addition d'intérêts particuliers et sectoriels, sans aucune ligne directrice : au bout de compte, une armée plus petite qui coûte plus chère.

La politique de paix et de sécurité est une affaire trop sérieuse pour qu'on la laisse aux mains de cette guéguerre de clans. Notre réponse réside dans l'initiative « Économiser dans l'armée et la défense générale – pour davantage de paix et d'emplois d'avenir » : elle seule est, dans le contexte présent, adaptée à la réalité nouvelle.

Certes, elle est déjà ancienne, mais je suis convaincue qu'on ne peut ni lui reprocher d'être dépassée, ni d'être une initiative d'abord idéologique. On peut s'y opposer en faisant valoir des arguments recevables, mais il est déplacé de la combattre avec les seuls arguments de nature idéologique. Car elle contraint tout un chacun à se poser la question décisive des besoins effectifs et, partant, des économies réalisables en matière de défense.

Le visage de la guerre contemporaine est celui du génocide et du mépris de la Déclaration universelle des Droits de l'Homme et du droit international. Une défense nationale fondée essentiellement sur la défense d'une frontière et d'un territoire n'est plus la solution adéquate pour combattre les formes contemporaines de la violence. Nous avons besoin de « civiliser » la politique de paix et de sécurité, ce qui implique de la lier étroitement à la construction d'un système de sécurité collectif.

En comparaison internationale, la Suisse reste suréquipée sur le plan militaire.

- Alors que, entre 1987 et 1997, au niveau planétaire, les dépenses militaires ont reculé de 38% en moyenne, la Suisse n'a abaissé les siennes que de 8%.
- Aucun autre pays d'Europe ne dépense autant par tête d'habitant que la Suisse.
- Il existe encore une disproportion gigantesque entre les dépenses pour la défense nationale et celles pour la promotion de la paix.

L'initiative « Économiser dans l'armée » montre la voie à suivre afin de diminuer, pas à pas, les dépenses militaires et indique comment utiliser les ressources ainsi libérées pour développer la politique de paix, la politique sociale ainsi que pour créer des emplois civils. En plus, elle tient compte du fait que la politique des finances pratiquée ces dernières années par la Confédération a déjà contraint le DDPS à certaines économies. Si nous prenons les chiffres du budget 2000 de la Confédération, l'initiative libérerait 1,8 milliard de francs pour des tâches de nature civile, sans oublier les prestations du fonds de conversion pour la création d'emplois dans les branches encore fortement dépendantes des commandes militaires. Après dix ans, l'équilibre que nous cherchons est réalisé. Il sera alors temps de réévaluer les conditions cadre et les composantes de notre politique de paix et de sécurité.

Notre pays est face à une double exigence en matière de politique de sécurité : d'une part, réduire les dépenses militaires de la défense nationale, qui demeurent grossièrement exagérées, et, d'autre part et simultanément, ouvrir notre pays à une politique de sécurité qui s'insère plus activement dans le concert des nations. Nous sommes convaincus que cette double exigence est le fondement d'une stratégie de paix et de sécurité qui puisse rassembler la majorité de nos concitoyennes et de nos concitoyens.

#### À disposition pour des indications supplémentaires :

- |   |                      |
|---|----------------------|
| ■ Barbara Haering, présidente du comité d'initiative                          | <b>079 446 71 20</b> |
| ■ Jean-Philippe JEANNERAT, coordinateur de la campagne pour la Suisse romande | <b>079 417 98 37</b> |

#### « Économiser dans l'armée? Oui! »

Secrétariat  
case postale 246  
3000 Berne 13  
Téléphone: 031 311 70 87  
Télécopieur: 031 311 77 94  
Courriel: [info@rompez.ch](mailto:info@rompez.ch)  
Internet: [www.rompez.ch](http://www.rompez.ch)  
Compte: 30-580588-3

**CONFÉRENCE DE  
PRESSE DU  
MERCREDI 11  
OCTOBRE 2000**



*Initiative populaire*  
*«économiser dans l'armée»*

*Seules les paroles prononcées font foi*

## **VOTER « OUI », UN CHOIX AU SERVICE DE L'EMPLOI**

*par Jean-Claude RENNWALD, conseiller national PS, membre du Comité directeur du syndicat FTMH, vice-président de l'Union syndicale suisse, Courrendlin (JU)*

Dans les arguments qu'il utilise pour combattre l'initiative en faveur d'une redistribution des dépenses, le Conseil fédéral déclare notamment que l'acceptation de cette initiative « entraînerait la perte de milliers de places de travail », et que « les coûts sociaux subséquents seraient très élevés ». Outre le fait que le gouvernement de ce pays n'a pas fait grand-chose pour éviter le démantèlement de la place industrielle suisse, un examen attentif de la situation du secteur militaire montre que ces affirmations ne tiennent pas debout, et que la défense nationale ne constitue nullement un facteur de dynamisme pour l'économie suisse. Mieux encore : sur le plan de l'emploi, les partisans de l'initiative de redistribution des dépenses se préoccupent beaucoup plus que la hiérarchie militaire de l'avenir des travailleurs concernés. C'est dans ce contexte qu'il faut situer le soutien de l'Union syndicale suisse (USS) et de la majorité de ses fédérations – la FTMH en particulier – à l'initiative de redistribution des dépenses.

### **Il est possible d'étayer la thèse qui précède par quelques éléments concrets et par quelques faits très précis :**

- Si l'on tient compte non seulement des coûts effectifs, mais aussi des coûts économiques, notre pays dépense chaque année quelque 9 milliards de francs pour sa défense nationale, ce qui est colossal et ce qui représente une charge énorme pour l'économie. Les coûts militaires indirects qui sont à la charge de l'économie suisse se montent en effet à 4 milliards de francs !
- En Europe, la Suisse a les coûts militaires par habitant les plus élevés : 970 francs par personne et par année ! De ce point de vue, les dépenses militaires sont plus élevées en Suisse qu'en France, pays pourtant doté d'une armée importante et qui dispose de la force de frappe nucléaire. En d'autres termes, la Suisse connaît une situation de surarmement qui confine au ridicule. Alors que nous avons une surcapacité militaire, de nombreux besoins économiques et sociaux ne sont pas encore satisfaits. Pensons aux secteurs de l'énergie, de l'environnement, aux techniques de recyclage, aux technologies de la communication ou encore aux transports publics d'avant-garde.
- • Le nombre de personnes occupées dans le secteur militaire est passé de 40'490 en 1990 à 21'400 en l'an 2000, soit une réduction de presque de moitié. Indépendamment de l'initiative pour une redistribution des dépenses, cela démontre que le secteur militaire n'est plus un secteur économique porteur d'avenir. Les difficultés de l'entreprise SIG dans le secteur de l'armement en apportent une preuve supplémentaire. Cette appréciation est confirmée par d'autres études, selon lesquelles, à investissement égal, il est possible de créer une fois et demie plus d'emplois dans les transports publics et la construction que dans le secteur militaire, et deux fois plus dans la santé et l'éducation.

- Pour des motifs essentiellement idéologiques, la caste militaire et la majorité au pouvoir dans ce pays n'ont pas pris cette mutation structurelle au sérieux, n'ont pas réagi avec la rapidité nécessaire. Des hommes et des régions ont payé le prix de cette politique inconséquente et incohérente.
- A l'inverse, l'Union européenne a investi, dans les années nonante, 1,5 milliard de francs suisses dans la reconversion du secteur militaire, ce qui a permis de mettre en place plusieurs centaines de projets offrant des solutions alternatives aux travailleurs occupés jusque-là dans l'industrie militaire.

L'initiative en faveur d'une redistribution des dépenses prévoit précisément la création d'un fonds de reconversion doté de 1 milliard de francs, destiné à encourager une politique régionale axée sur l'innovation et créatrice d'emplois d'avenir. L'initiative, on le sait, doit être réalisée en l'espace de dix ans. Ce délai et ce montant paraissent suffisants et raisonnables pour mener une politique de reconversion digne de nom. Il faut ajouter que par rapport à d'autres scénarios qui prévoient aussi des économies dans le secteur militaire, celui de l'initiative présente l'avantage de maintenir et de créer, globalement, davantage d'emplois, et cela bien sûr grâce au fonds de reconversion.

La mise en œuvre de ce processus de reconversion est d'autant plus nécessaire, qu'en raison de la chute du Mur de Berlin et de la fin de l'antagonisme entre l'Est et l'Ouest, notamment, le secteur militaire n'aura plus jamais l'importance qu'il a eue jusqu'ici. D'autres pays, en particulier ceux de l'Union européenne, l'ont compris. Il n'y a aucune raison objective que la Suisse ne le comprenne pas non plus.

La question de l'emploi occupe bien sûr une place centrale dans les réflexions syndicales relatives à l'initiative de redistribution des dépenses. Mais notre soutien à ce texte tient aussi au fait que nous voulons affecter deux tiers des montants économisés à la paix ainsi qu'au développement d'une part, et à la politique sociale d'autre part. Cela n'est pas inintéressant non plus d'un point de vue syndical, car tant la politique de développement que la politique sociale génèrent davantage d'emplois que le secteur militaire.

De ce point de vue, le menu de la votation fédérale du 26 novembre est très alléchant, puisqu'en disant 3 X OUI à trois des cinq objets soumis au vote du peuple, nous pouvons tout à la fois manifester notre volonté de faire des économies dans l'armée et d'utiliser une partie de cet argent pour offrir la retraite à la carte dès 62 ans à toutes les femmes et à tous les hommes qui vivent dans ce pays. Le même jour, bien sûr, le syndicaliste qui vous parle dira par ailleurs « non » à la loi sur le personnel de la Confédération.

#### À disposition pour des indications supplémentaires :

- Jean-Claude RENNWALD, conseiller national **079 318 56 12**
- Jean-Philippe JEANNERAT, coordinateur de la campagne pour la Suisse romande **079 417 98 37**

#### « Économiser dans l'armée? Oui! »

Secrétariat  
case postale 246  
3000 Berne 13  
Téléphone: 031 311 70 87  
Télécopieur: 031 311 77 94  
Courriel: [info@rompez.ch](mailto:info@rompez.ch)  
Internet: [www.rompez.ch](http://www.rompez.ch)  
Compte: 30-580588-3

**CONFÉRENCE DE  
PRESSE DU  
MERCREDI 11  
OCTOBRE 2000**



*Initiative populaire  
«économiser dans l'armée»*

*Seules les paroles prononcées font foi*

## **QU'ATTENDENT LES FEMMES DE LA RÉDUCTION DES DÉPENSES MILITAIRES PRÉCONISÉES PAR L'INITIATIVE ?**

*par Renate JORDI, membre du Comité central de la Fédération des femmes protestantes de Suisse (FFPS), Thoune (BE)*

La Fédération suisse des femmes protestantes (FSFP) est une organisation faitière confessionnelle qui exprime son opinion sur des sujets politiques. La FSFP s'engage pour la résolution pacifique des conflits et la promotion de relations équitables. A ce titre, notre organisation soutient fermement l'initiative populaire fédérale « Économiser dans l'armée et la défense générale ».

En 1993 déjà, la FSFP demandait dans une pétition « Arrêt à la violence » que les possibilités de résolution pacifique des conflits soient reconnues et encouragées. Nous disions alors : « Notre crédibilité se mesurera à la contribution que nous apporterons à la solution des conflits pour éviter qu'ils n'éclatent en violence ».

Nous ne tolérerons jamais que les moyens pour la prévention de la violence puissent manquer. La paix nécessite des ressources. La redistribution des ressources publiques est une des manières de promouvoir en Suisse une politique de paix digne de ce nom.

Qu'attendent donc les femmes de la redistribution des dépenses militaires telle que la propose l'initiative sur laquelle nous devons voter le 26 novembre ?

### **Sécurité et justice**

Nos politiciennes et politiciens spécialistes de la sécurité savent pertinemment que les risques de violence au quotidien représentent aujourd'hui une menace bien plus réelle que ne peut l'être un hypothétique ennemi à nos frontières. Pourtant, dans le récent rapport sur la politique de sécurité (« La sécurité par la coopération » 2000), les efforts en matière politique et économique, les possibilités de coopération avec l'OSCE, l'adhésion de la Suisse à l'ONU, pour ne citer que ces aspects principaux, n'apparaissent que marginalement.

Les femmes sont les principales victimes de la violence, aussi bien dans la sphère publique que privée. Pour la prévention et la modernisation de la politique pénale, l'argent manque, l'aide aux victimes se heurte aux mêmes impératifs financiers de parcimonie. En revanche, les responsables militaires peuvent compter sur des milliards de francs, alors même que les personnels militaires, portant des armes, ne sont souvent pas les plus aptes à promouvoir la paix. L'initiative « économiser dans l'armée » offre ainsi une chance de renforcer la société civile et de répondre mieux aux besoins spécifiques des femmes en matière de sécurité.

Les femmes exerçant une activité payent depuis toujours leurs cotisations à l'assurance perte de gain (APG), toutefois sans en profiter, si vous me permettez ce rappel. En outre, les économies dans le domaine social se font pour une bonne part à leurs dépens (assurance maternité, rente de veuves, AVS).

En redistribuant les centaines de millions de francs économisés dans le domaine militaire en faveur de la politique sociale, des ressources supplémentaires seraient enfin affectées à des domaines touchant particulièrement les femmes.

### **Résolution pacifique de conflits**

La tendance à la militarisation de la société doit s'inverser effectivement. La prise en charge de requérantes et requérants d'asile, l'aide en cas de catastrophe, la reconstruction au Kosovo sont autant de tâches civiles, parmi d'autres exemples, qui nécessitent des moyens considérables. C'est pourquoi des œuvres d'entraide, par le biais de sa Communauté de travail, et l'EPER demandent que les efforts de promotion de la paix soient mieux reconnus et reçoivent un soutien financier plus important. Grâce à la réduction des dépenses militaires, quelque 600 millions de francs pourront être alloués à une politique plus active pour la paix sur le plan international. Ce n'est pas rien. Souvenons-nous que les œuvres d'entraide, qui font si souvent appel à la générosité du public, sont confrontées à des catastrophes pour près de 90% de leur activité à des catastrophes produites par les êtres humains eux-mêmes...

Les femmes et les enfants sont les principales victimes des guerres. Mener des conflits et supporter les coûts engendrés par la guerre coûte très cher. La priorité absolue doit donc être donnée à la prévention des conflits ainsi qu'à la participation croissante des femmes dans les processus de décision et dans la recherche menée sur les causes des conflits.

### **À disposition pour des indications supplémentaires :**

- Renate JORDI, représentante de la FFPS **033 336 64 69**
- Jean-Philippe JEANNERAT, coordinateur de la campagne pour la Suisse romande **079 417 98 37**

#### **« Économiser dans l'armée? Oui! »**

Secrétariat  
case postale 246  
3000 Berne 13  
Téléphone: 031 311 70 87  
Télécopieur: 031 311 77 94  
Courriel: [info@rompez.ch](mailto:info@rompez.ch)  
Internet: [www.rompez.ch](http://www.rompez.ch)  
Compte: 30-580588-3

**CONFÉRENCE DE  
PRESSE DU  
MERCREDI 11  
OCTOBRE 2000**



*Initiative populaire*  
*« économiser dans l'armée »*

*Seules les paroles prononcées font foi*

## **PRIORITÉ AUX ACTEURS CIVILS !**

*par Fernand CUCHE, conseiller national, Parti écologiste suisse – Les Verts,  
Lignières (NE)*

La fin de la guerre froide allait nous permettre de sortir plus fréquemment des labyrinthes du réduit national, pour poser un regard nouveau sur l'évolution géostratégique et l'évaluation des menaces à l'égard de la population suisse.

Les Verts ont particulièrement apprécié la déclaration du Conseil fédéral, lors du sommet de l'OSCE en décembre 1996, qui s'engageait en ces termes : « La Suisse va augmenter les moyens mis à la disposition de son système de dépistage précoce et de maîtrise des situations de crise, de la prévention des conflits et enfin de sa capacité à collaborer aux interventions de normalisation qui suivent les périodes de conflits. » Il a également promis de « recenser les menaces à la sécurité causées par les problèmes économiques, sociaux ou encore environnementaux et d'en éliminer les causes et les effets. »

Par l'initiative populaire « économiser dans l'armée », nous nous donnons enfin les moyens de passer de la parole aux actes de façon significative, de collaborer plus intensément et de façon mieux soutenue à un travail de prévention sur le terrain, par des collaborations internationales renforcées.

La défense du territoire constitue toujours l'objectif prioritaire pour l'état-major, mais les menaces d'occupation du sol national sont quasiment inexistantes. Par contre, des causes de déstabilisation, pouvant entraîner des affrontements graves subsistent ou se renforcent un peu partout dans le monde. Les déclarations du Conseil fédéral de décembre 1996 gagnent en acuité lorsqu'on aborde des thèmes essentiels comme les Droits de l'Homme, l'établissement et le respect de la démocratie, l'accès pour chacune et chacun à la nourriture, à la scolarisation, à la formation professionnelle, à la culture, au logement. Que manque l'une de ces conditions indispensables à une vie digne, et c'est déjà une brèche ouverte vers un risque de conflit plus ou moins grave.

La brochure « Projet de paix » éditée en juin par le Groupe de projet « Paix et développement » et la Direction du développement et de la coopération (DDC) montre comment, par le biais de la coopération au développement, des organisations privées d'horizons très divers s'efforcent de prévenir le déclenchement de la violence, de la contenir lorsqu'elle se manifeste, de panser les plaies au lendemain d'un conflit et d'en étouffer les germes. L'engagement des « Brigades de paix » (PBI) va dans le même sens.

Pour les Verts, l'ampleur du maldéveloppement, le gaspillage des ressources naturelles, la gravité des injustices sociales sur le plan planétaire exigent un désarmement de grande ampleur, condition du transfert des ressources immobilisées dans les appareils militaires vers les objectifs d'un développement, durable mis en œuvre par les acteurs civils.

### **À disposition pour des indications supplémentaires :**

- Fernand CUCHE, conseiller national
- Jean-Philippe JEANNERAT, coordinateur de la campagne pour la Suisse romande

**032 751 19 53**

**079 417 98 37**

**CONFÉRENCE DE  
PRESSE DU  
MERCREDI 11  
OCTOBRE 2000**



*Initiative populaire*  
*«économiser dans l'armée»*

*Seules les paroles prononcées font foi.*

## **ET POURQUOI DONC LA MOITIÉ D'UN PAIN COÛTERAIT-ELLE AUTANT QUE LE PAIN ENTIER ?**

*par Werner MARTI, conseiller national, Glaris*

Le contexte général de la politique de sécurité s'est fondamentalement modifié ces dernières années et même ces derniers jours. Il est devenu plus pointu. Avec le changement politique intervenu en Serbie, c'est le dernier dictateur en Europe qui disparaît. Tout bouge, sauf peut-être la politique officielle de la Suisse en matière d'armement et de dépenses militaires. Bien que nous nous situions, en matière de sécurité, dans le sillage géopolitique de l'Europe, et partant du monde, le Conseil fédéral et le parlement ont bien l'intention de continuer à s'offrir le luxe de dépenses militaires ridiculement exagérées en comparaison internationale. Et, dans les milieux les plus conservateurs, on ose qualifier notre initiative de « fossoyeuse de la défense nationale », pour ne pas citer le reproche d'une « suppression de l'armée par acomptes successifs » – initiative qui ne demande pourtant rien d'autre que de ramener nos dépenses militaires au niveau de la moyenne des pays membres de l'OTAN. Même le chef du DDPS considère que 3 milliards de francs par an pour nos dépenses militaires sont un montant dérisoire.

Le contexte de la politique de sécurité a changé. Nous reconnaissons cependant que, malgré cette détente internationale, il subsiste en Suisse un besoin de sécurité militaire. L'armée joue ici le rôle du dernier recours, de l'« ultima ratio ». L'exigence de crédibilité sur le plan militaire ne doit pas empêcher notre politique de sécurité de s'en tenir aux principes de l'économie des moyens, de l'efficacité et de l'engagement parcimonieux et ciblé des dépenses. Malgré le combat d'arrière garde du DDPS, l'armée subira de toute façon, ces prochaines années, un redimensionnement important. A nos yeux, cette restructuration et ce réajustement doivent forcément entraîner une réduction proportionnelle des coûts, notamment dans trois secteurs :

- **Une réduction des coûts pour les pouvoirs publics.** Une demi-armée doit coûter la moitié d'une armée entière. Vouloir autre chose revient à ignorer que n'importe quel consommateur refuserait de payer autant pour la moitié d'un pain que pour un pain entier. Or, ce danger est actuellement bien réel, car les experts du DDPS sont carrément en train de planifier des coûts équivalents à leur niveau actuel voire plus élevés pour « Armée XXI », armée pourtant réduite. Notre initiative est seule à même d'empêcher cette aberration.
- **L'économie aussi doit être soulagée.** Le poids évident que représentent encore actuellement les coûts de l'armée pour notre économie nationale nuisent à la place économique suisse et à sa capacité concurrentielle. Ces coûts doivent être massivement réduits et on ne saurait admettre qu'ils soient transférés ailleurs.
- **Le prix payé par chaque individu** pour la défense militaire en prestations diverses, en jours de service militaire et en charges accessoires multiples doit être abaissé et rendu supportable en ramenant l'âge maximum du service militaire à 30 ans et le nombre des jours de service à 200.

Dans ce contexte, un OUI à l'initiative « Économiser dans l'armée et la défense générale » rejoint finalement une logique du développement durable : une sécurité appropriée aux risques effectifs et des coûts réduits de moitié pour les pouvoirs publics, l'économie et les individus.

**À disposition pour des indications supplémentaires :**

- Werner MARTI, conseiller national **055 640 39 39**
- Jean-Philippe JEANNERAT, coordinateur de la campagne pour la Suisse romande **079 417 98 37**

**« Économiser dans l'armée? Oui! »**

Secrétariat  
case postale 246  
3000 Berne 13  
Téléphone: 031 311 70 87  
Télécopieur: 031 311 77 94  
Courriel: [info@rompez.ch](mailto:info@rompez.ch)  
Internet: [www.rompez.ch](http://www.rompez.ch)  
Compte: 30-580588-3

**CONFÉRENCE DE  
PRESSE DU  
MERCREDI 11  
OCTOBRE 2000**



*Initiative populaire*  
*«économiser dans l'armée»*

*Seules les paroles prononcées font foi*

## **PRIORITÉ AUX ACTEURS CIVILS !**

*par Fernand CUCHE, conseiller national, Parti écologiste suisse – Les Verts,  
Lignières (NE)*

La fin de la guerre froide allait nous permettre de sortir plus fréquemment des labyrinthes du réduit national, pour poser un regard nouveau sur l'évolution géostratégique et l'évaluation des menaces à l'égard de la population suisse.

Les Verts ont particulièrement apprécié la déclaration du Conseil fédéral, lors du sommet de l'OSCE en décembre 1996, qui s'engageait en ces termes : « La Suisse va augmenter les moyens mis à la disposition de son système de dépistage précoce et de maîtrise des situations de crise, de la prévention des conflits et enfin de sa capacité à collaborer aux interventions de normalisation qui suivent les périodes de conflits. » Il a également promis de « recenser les menaces à la sécurité causées par les problèmes économiques, sociaux ou encore environnementaux et d'en éliminer les causes et les effets. »

Par l'initiative populaire « économiser dans l'armée », nous nous donnons enfin les moyens de passer de la parole aux actes de façon significative, de collaborer plus intensément et de façon mieux soutenue à un travail de prévention sur le terrain, par des collaborations internationales renforcées.

La défense du territoire constitue toujours l'objectif prioritaire pour l'état-major, mais les menaces d'occupation du sol national sont quasiment inexistantes. Par contre, des causes de déstabilisation, pouvant entraîner des affrontements graves subsistent ou se renforcent un peu partout dans le monde. Les déclarations du Conseil fédéral de décembre 1996 gagnent en acuité lorsqu'on aborde des thèmes essentiels comme les Droits de l'Homme, l'établissement et le respect de la démocratie, l'accès pour chacune et chacun à la nourriture, à la scolarisation, à la formation professionnelle, à la culture, au logement. Que manque l'une de ces conditions indispensables à une vie digne, et c'est déjà une brèche ouverte vers un risque de conflit plus ou moins grave.

La brochure « Projet de paix » éditée en juin par le Groupe de projet « Paix et développement » et la Direction du développement et de la coopération (DDC) montre comment, par le biais de la coopération au développement, des organisations privées d'horizons très divers s'efforcent de prévenir le déclenchement de la violence, de la contenir lorsqu'elle se manifeste, de panser les plaies au lendemain d'un conflit et d'en étouffer les germes. L'engagement des « Brigades de paix » (PBI) va dans le même sens.

Pour les Verts, l'ampleur du maldéveloppement, le gaspillage des ressources naturelles, la gravité des injustices sociales sur le plan planétaire exigent un désarmement de grande ampleur, condition du transfert des ressources immobilisées dans les appareils militaires vers les objectifs d'un développement, durable mis en œuvre par les acteurs civils.

### **À disposition pour des indications supplémentaires :**

■ Fernand CUCHE, conseiller national

**032 751 19 53**

■ Jean-Philippe JEANNERAT, coordinateur de la campagne  
pour la Suisse romande

**079 417 98 37**

**CONFÉRENCE DE  
PRESSE DU  
MERCREDI 11  
OCTOBRE 2000**



*Initiative populaire*  
*«économiser dans l'armée»*

**LISTE DES ORGANISATIONS SOUTENANT L'INITIATIVE ET APPELANT  
À VOTER OUI LE 26 NOVEMBRE**

- |  |   |
|--|---|
| Ärzte/Ärztinnen für soziale Verantwortung<br>PSR/IPP NW-Schweiz            | Médecins pour la responsabilité sociale PSR   |
| Aktion Finanzplatz Schweiz AFP   | Action place financière Suisse-tiers monde  |
| Arbeitsgemeinschaft Swissaid Fastenopfer<br>Brot für alle Helvetas Caritas | Communauté de travail Swissaid Action de<br>Carême Pain pour le prochain Helvetas Caritas |
| Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien  | Groupe de travail Suisse-Colombie   |
| Arbeitskreis Tourismus & Entwicklung                                       | Arbeitskreis Tourismus & Entwicklung  |
| ARW, AG für Rüstungskontrolle und ein<br>Waffenausfuhrverbot               | Comité pour le contrôle des armement et pour<br>l'arrêt des exportations d'armes (ARW)    |
| Vereinigung der Dritte Welt-Läden, Romandie                                | Association romande des Magasins du Monde   |
| Asylkoordination Schweiz   | Coordination Asile Suisse   |
| Beratungsstellen für Zivildienst und<br>Militärverweigerung                | Permanences service civil et objection de<br>conscience                                   |
| Brot für alle, Bfa   | Pain pour le Prochain   |
| Centrale Sanitaire Suisse CSS  | Centrale Sanitaire Suisse CSS   |
| Centre Martin Luther King CMLK, Lausanne                                   | Centre Martin Luther King CMLK, Lausanne  |
| Christlicher Friedensdienst, cfd   | Mouvement chrétien pour la paix   |
| Comedia  | Syndicat Comedia  |
| Demokratisches Nidwalden, DN   | Demokratisches Nidwalden, DN  |
| Die Grünen Schweiz   | Les Verts – Parti écologiste suisse   |
| E-Changer  | E-Changer   |
| EvB, Erklärung von Bern  | Déclaration de Berne  |
| Evangelischer Frauenbund der Schweiz EFS                                   | Fédération suisse des femmes protestantes FSFP  |
| Fédération genevoise de coopération  | Fédération genevoise de coopération   |
| FEPA - Fonds für Entwicklung und Partnerschaft                             | FEPA – Fonds für Entwicklung und Partnerschaft  |
| Forum für Friedenserziehung IFOR-CH  | Forum für Friedenserziehung IFOR-CH   |
| FraB, Frauenliste Basel  | FraB, Frauenliste Basel   |
| Frauen für den Frieden, FfF Schweiz  | Femmes pour la paix, Suisse   |
| Friedensforum Zürich   | Forum pour la paix, Zurich  |
| Gewerkschaft Bau und Industrie GBI   | Syndicat industrie & bâtiment SIB   |
| Gesellschaft für bedrohte Völker GfV                                       | Société pour les peuples menacés  |
| Grünes Bündnis Bern  | Union verte Berne   |
| Gruppe Schweiz ohne Armee GSoA   | Groupe pour une Suisse sans Armée GSsA  |
| Junge Alternative JA!  | Jeune alternative JA! Berne   |
| Junge Grüne Alternative Schweiz  | Jeunes verts alternatives Suisse  |
| Junge Kirche Zwinglibund   | Jeune Eglise-union de Zwingli   |
| MIR Romand   | Mouvement international pour la réconciliation MIR  |
| Pax Christi  | Pax Christi   |
| Religiös-sozialistische Vereinigung<br>der Deutschschweiz                  | Association religieuse-socialiste   |
| Schweiz. ArbeiterInnen Hilfswerk SAH                                       | Oeuvre suisse d'entraide ouvrière OSEO  |
| Schweiz. Friedensbewegung SFB  | Mouvement suisse pour la paix   |
| Schweiz. Friedensrat SFR   | Conseil suisse pour la paix   |
| Schweiz. Gewerkschaftsbund SGB   | Union syndicale suisse USS  |
| Schweiz. JungsozialistInnen JUSO   | Jeunesse socialiste Suisse JS   |

## Initiative populaire „Economiser dans l'armée“: Organisations de soutien Liste der unterstützenden Organisationen der Umverteilungsinitiative

Ärzte/Ärztinnen für soziale Verantwortung PSR/IPP NW-Schweiz	Médecins pour la responsabilité sociale PSR
Aktion Finanzplatz Schweiz AFP	Action place financière Suisse-tiers monde
Arbeitsgemeinschaft Swissaid Fastenopfer Brot für alle Helvetas Caritas	Communauté de travail Swissaid Action de carême Pain pour le prochain Helvetas Caritas
Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien	Groupe de travail Suisse-Colombie
Arbeitskreis Tourismus & Entwicklung	Arbeitskreis Tourismus & Entwicklung
ARW, AG für Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot	Comité pour le contrôle des armement et pour l'arrêt des exportations d'armes (ARW)
Vereinigung der Dritte Welt-Läden, Romandie	Association romande des Magasins du Monde
Asylkoordination Schweiz	Coordination Asile Suisse
Beratungsstellen für Zivildienst und Militärverweigerung	Permanences service civil et objection de conscience
Brot für alle, Bfa	Pain pour le Prochain
Centrale Sanitaire Suisse CSS	Centrale Sanitaire Suisse CSS
Centre Martin Luther King CMLK, Lausanne	Centre Martin Luther King CMLK, Lausanne
Christlicher Friedensdienst, cfd	cfd, Mouvement chrétien pour la paix
Comedia	Comedia
Demokratisches Nidwalden, DN	Demokratisches Nidwalden, DN
Die Grünen Schweiz	Les Verts, Parti écologiste suisse
E-Changer	E-Changer
EvB, Erklärung von Bern	Déclaration de Berne
Evangelischer Frauenbund der Schweiz EFS	Fédération suisse des femmes protestantes FSFP
Fédération genevoise de coopération	Fédération genevoise de coopération
FEPA - Fonds für Entwicklung und Partnerschaft	FEPA - Fonds für Entwicklung und Partnerschaft
Forum für Friedenserziehung IFOR-CH	Forum für Friedenserziehung IFOR-CH
FraB, Frauenliste Basel	FraB, Frauenliste Basel
Frauen für den Frieden, FfF Schweiz	Femmes pour la paix, Suisse
Friedensforum Zürich	Forum pour la paix, Zurich
Gewerkschaft Bau und Industrie GBI	Syndicat industrie & bâtiment SIB
Gesellschaft für bedrohte Völker GfbV	Société pour les peuples menacés
Grünes Bündnis Bern	Union verte Berne
Gruppe Schweiz ohne Armee GSoA	Groupe pour une Suisse sans Armée GSsA
Junge Alternative JA!	Jeune alternative JA! Berne
Junge Grüne Alternative Schweiz	Jeunes verts alternatives Suisse
Junge Kirche Zwinglibund	Jeune Eglise-union de Zwingli
MIR Romand	Mouvement int. pour la réconciliation MIR
Pax Christi	Pax Christi
Religiös-sozialistische Vereinigung der Deutschschweiz	Association religieuse-socialiste
Schweiz. ArbeiterInnen Hilfswerk SAH	Oeuvre suisse d'entraide ouvrière OSEO
Schweiz. Friedensbewegung SFB	Mouvement suisse pour la paix
Schweiz. Friedensrat SFR	Conseil suisse pour la paix
Schweiz. Gewerkschaftsbund SGB	Union syndicale suisse USS
Schweiz. JungsozialistInnen JUSO	Jeunesse socialiste Suisse
Schweiz. Katholischer Frauenbund SKF	Schweiz. Katholischer Frauenbund SKF
Service Civil International SCI	Service Civil International SCI
SMUV Gewerkschaft Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen	FTMH Syndicat de l'industrie, de la construction et des services
Solidaritätsgruppe Peru - Schweiz	Groupe de solidarité Suisse-Pérou
SolidaritéS	SolidaritéS
Solidarités sans frontières	Solidarités sans frontières
Solifonds	Solifonds
Sozialistisch Grüne Alternative, SGA Zug	Alternative socialiste-verte Zoug
SP Schweiz	Parti socialiste Suisse
St. Katharina-Werk Institut für spirituell-politische Bewusstseinsentwicklung	
terre des hommes Schweiz	terre des hommes Suisse
Theologische Bewegung für Solidarität und Befreiung	Mouvement théologique pour la solidarité et la libération
Vereinigung der Dritte-Welt-Läden claro	claro
Vereinigung FreundInnen Neue Wege	Association des ami(e)s des Neue Wege
VPOD Schweiz. Verband des Personals Öffentlicher Dienste	SSP Syndicat Suisse des service publics
WeltbürgerInnen	Citoyens du Monde